

6.1.2008

Es ist nicht alles Gold was glänzt ... oder Vorsicht strategische Falle!

DIE LINKE findet bundesweit in breiten Teilen der Bevölkerung zunehmend Unterstützung.

Bei den Landtagswahlen 2008 besteht die Möglichkeit in weitere Landtage einzuziehen und die Politik der LINKEN zur Geltung zu bringen. Das wirft in einigen Bundesländern die Frage nach der Regierungsbeteiligung auf. Welcher Gestaltungsrahmen ist für DIE LINKE bei Regierungsbeteiligungen in den Bundesländern unter Führung der SPD und in einem bundespolitischen Rahmen, der von der neoliberalen Politik der CDU/CSU/SPD- Bundesregierung bestimmt wird, möglich?

Eigene Akzente setzen?

Der Landesvorsitzende der Berliner LINKEN, Klaus Lederer, verweist gern auf „eigene Akzente“, die in der Koalitionsregierung mit der SPD durchgesetzt werden konnten. So schreibt er am 23. November 2007 im „Neuen Deutschland“: „Statt 2.500 wird es 10.000 Stellen im öffentlichen Beschäftigungssektor geben, die anders als im Bundesprogramm „Jobperspektive“ mit Mindestlohn vergütet werden. Das kostet Berlin 50 Millionen Euro. Die erste Auswahlphase für die Gemeinschaftsschule ist abgeschlossen, 23 Schulen werden in 15 Projekten ins nächste Schuljahr starten. Trotz mancher Widerstände und Schwierigkeiten blieb es dabei, dass größere städtische Wohnungsbestände nicht mehr an private Fonds verschertelt wurden. Es gelang die Sicherung der Berliner Landesbank mit dem „roten S“ in öffentlicher Trägerschaft. Für die Projekte gegen Rechtsextremismus wird letztlich mehr Geld zur Verfügung stehen als ursprünglich vereinbart. Es wird ein Mittagessen für 23 Euro in den Schulen geben, ein Starterpaket für eingeschulte Kinder, die es dringend brauchen. Berlin gingen Bundesratsinitiativen für einen gesetzlichen Mindestlohn und für ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen aus, das Land wird ein Vergabegesetz erlassen, das öffentliche Aufträge an die Zahlung eines Mindestlohns bindet. Das Sozialticket wurde im Rahmen der Preisverhandlungen für den Nahverkehr Anfang 2007 nicht, wie ursprünglich vereinbart, mit der Umweltkarte teurer. Sein Preis blieb stabil. Auch viele kleine Anliegen konnten in den aktuellen Haushaltsberatungen eingebracht werden – vom Kinderschutz über soziale Förderungen bis hin zu Sanierungsmitteln für öffentliche Einrichtungen.“

Doch Vorsicht, es ist nicht alles Gold, was glänzt. Ein kritischer Blick tut Not. Berlin hat bekanntlich über 60 Milliarden Euro Schulden. Neben wahnwitzigen Projekten des CDU/SPD-Senats aus den 1990er Jahren und Belastungen aus der Vereinigung von Ost- und Westberlin, sind es insbesondere die Steuer„reformen“ der Bundesregierung, die die öffentlichen Kassen geleert haben. Eine Haushaltskonsolidierung ist aus eigener Kraft nicht möglich. Dafür fehlt es an der notwendigen Wirtschaftskraft in Berlin ebenso wie an eigenen Steuereinnahmen in hinreichender Höhe. Die Entschuldungsklage gegen die Bundesregierung ist in Karlsruhe abgewiesen worden. Trotzdem setzt die SPD/LINKE Landesregierung weiter auf Haushaltskonsolidierung. Es wird „gespart bis es quietscht“ (Wowereit). Die Grundsteuer, die vor allem von den Mieterinnen und Mietern zu zahlen ist, wurde drastisch erhöht. In den Bezirken reicht das Geld kaum für die Erfüllung der Pflichtaufgaben. Deshalb werden Bibliotheken geschlossen, Kulturangebote zusammengestrichen usw. Den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wird durch ein „Basta!-Diktat“ des Regierenden Bürgermeisters ein Inflationsausgleich verwehrt. Bis Ende 2009 gilt ein „Solidarpakt“ zwischen dem Senat und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, mit dem zur Haushaltskonsolidierung die Gehälter im öffentlichen Dienst abgesenkt wurden, bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit. Darauf beruft sich der Regierende Bürgermeister Wowereit, wenn den Kolleginnen und Kollegen ein Inflationsausgleich unter Bedingungen einer inzwischen entspannten Haushaltslage vorenthalten werden soll.

Dagegen richten sich aktuell gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen mit Warnstreiks gegen die rot-rote Regierung, die einen brandheißen Konflikt provoziert; zunächst tarifpolitisch, im Wahljahr 2011 dann wahlpolitisch. Das wäre insbesondere für DIE LINKE verheerend. Klaus Lederer, weiß das genau, auch dass es nicht akzeptabel und durchhaltbar ist, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst Berlins vor 2010 keinen Cent zusätzlich erhalten. Allerdings greift er nicht die aktuellen Forderungen der Gewerkschaften nach 3 x 300 Euro Inflationsausgleich auf, sondern möchte nur darüber verhandeln, „ob ein Teil der Gehaltserhöhungen, die für 2010 vereinbart sind, vorgezogen werden können“. Das führt zu deutlicher Distanz der Gewerkschaften zur LINKEN.

Für DIE LINKE bedeutet Regierungsbeteiligung unter diesen Bedingungen: Kaum nennenswerte Gestaltungsmöglichkeiten, Politik gegen die eigenen Wählerinnen und Wähler und weiterer Vertrauensverlust. Schon die letzten Wahlen zum Abgeordnetenhaus im September 2006 brachten für die Linkspartei ein schockierendes Ergebnis: insgesamt nur 13,4 Prozent der Wählerstimmen; im Westteil durchschnittlich knapp unter fünf Prozent und im Ostteil fast eine Halbierung der Wählerstimmen. Bei den Wahlen 2001 hatte die PDS 23 Prozent der Stimmen erhalten. Trotzdem wurde 2006 die Koalition mit der SPD fortgesetzt. Verlust an Glaubwürdigkeit und Zustimmung erfährt DIE LINKE auch dann, wenn von der SPD

Anforderungen gestellt und durchgesetzt werden, die über die im Koalitionsvertrag formulierten Vereinbarungen hinausgehen. Jüngst erst wieder beim Polizeigesetz, dem sog. ASOG mit Videoüberwachung und Handy-Ortung.

Die erneute Beteiligung an der Berliner Landesregierung wurde insbesondere mit Referenzprojekten der LINKEN begründet, auf die auch Klaus Lederer in seiner Bilanz hinweist.

Wie steht es um diese Projekte?

Referenzprojekt Öffentlicher Beschäftigungssektor (ÖBS)

Das im Koalitionsvertrag von SPD und Linkspartei.PDS vereinbarte ÖBS-Programm konnte nicht eigenständig gestartet werden, sondern ging in das Förderprojekt der Bundesregierung ein, das BM Müntefering im Sommer vergangenen Jahres vorgestellt hatte. Noch hoffnungsvoll erklärte dazu Staatssekretärin Kerstin Liebig (DIE LINKE) am 7. August 2007 in einem Interview mit dem „Neuen Deutschland“: „Wir werden 10.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen, von denen in erster Linie Langzeitarbeitslose profitieren werden“. Der Senat nutze dabei das Angebot der Bundesregierung, die 75 Prozent der Kosten übernimmt, das Land Berlin den Rest. „Dafür stellen wir bis 2010 als Kofinanzierung 50 Millionen Euro bereit“, so Liebig weiter. Jetzt

muss sich der Berliner Senat von seinem Ziel verabschieden, 10. 000 Langzeitarbeitslose in einem vom Land mitfinanzierten öffentlichen Beschäftigungssektor unterzubringen. Neue Vorgaben des Bundes und der Bundesagentur für Arbeit machten das unmöglich, räumte Arbeitssenatorin Heidi Knake-Werner (DIE LINKE) am 6. Dezember 2007 gegenüber der „Berliner Morgenpost“ ein. Denn die Bundesagentur für Arbeit legt Wert darauf, Menschen mit mindestens zwei schweren Vermittlungshemmnissen in das Programm zu hieven. Als solche gelten mangelnde Sprachkenntnisse, Drogenprobleme, gesundheitliche Schwierigkeiten oder extrem lange Arbeitslosigkeit. Ob sie dann aber die bisweilen anspruchsvollen Tätigkeiten in den ÖBS-Projekten erledigen können, ist zweifelhaft. Außerdem steuert der Bund um und möchte die Arbeitslosen weniger in Sozialprojekten, sondern lieber bei Unternehmen anhängen. Die bekämen dann die Lohnkosten zu 75 Prozent erstattet, also ein Kombilohnprojekt. Auch Klaus Lederer räumt inzwischen ein: „Es stimmt, dass wir unsere Vorstellungen bislang nicht durchsetzen konnten. Wir brauchen für das Projekt den Bund.“ („Berliner Zeitung“, 2. Januar 2008)

Gegenwärtig gibt es im Berliner ÖBS rund 1.000 Stellen, die mit rund 1.300 Euro im Monat bezahlt werden. Es sind Jobs in Kulturprojekten mit Aufgaben wie zum Beispiel Kinder betreuen, Behinderte durch Parks schieben, alte Möbel aufarbeiten, MigrantInnen durch Behörden lotsen oder jungen Eltern beistehen.

Massenarbeitslosigkeit ist für Berlin nach wie vor das größte Problem. Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit in Berlin wird durch den Plan des Senats konterkariert, bis 2013 weitere etwa 20.000 Stellen im Öffentlichen Dienst abzubauen.

Referenzprojekt: Gemeinschaftsschule

Der Bildungsbereich liegt in der Berliner Landesregierung in den Händen der SPD. Gibt es Erfolge, dann steckt sie sich die SPD an die Mütze. Gibt es Misserfolge, dann fallen sie der LINKEN auf die Füße, die das Projekt Gemeinschaftsschule auf die Agenda gesetzt hat. Und auch dieses Projekt steht unter einem schlechten Stern. So beteiligt sich daran kein einziges Gymnasium. Die Finanzausstattung ist zu knapp bemessen. Beteiligte Schulen, wie die Fritz-Karsen-Schule in Neukölln, die bereits seit 1948 als „Schulversuch“ den Vorstellungen einer Gemeinschaftsschule nahe kommt (Grundstufe, Mittelstufe und Oberstufe bis zum Gymnasium unter einem Dach), klagen über Personalmangel, vor allem in der Grundstufe, wo bis zu einem Drittel der Lehrkräfte fehlen. Es zeichnet sich ab, dass in dem Projekt einige Hauptschulen im Wesentlichen organisatorisch mit Realschulen zusammengeführt werden sollen. Gravierend ist aber für den gesamten Schulbereich, dass der bauliche Zustand durch unterlassene Instandsetzungen schwere Mängel aufweist und dass Personalmangel immer wieder geltend gemacht wird. Deshalb wenden sich Lehrer- und Elternvertretungen vieler Schulen gegen das Pilotprojekt Gemeinschaftsschule.

Von der ersten rot-roten Koalitionsregierung in Berlin (2001 bis 2006) wurde die Lehrmittelfreiheit im Zeichen der Haushaltskonsolidierung gegen den Protest von Lehrern, Schülern und Eltern aufgehoben. Das jetzt eingeführte „Starterpaket für eingeschulte Kinder, die das dringend brauchen“ ist angesichts der Belastungen aller Betroffenen, und das sind nicht nur die Kinder aus Hartz-IV-Haushalten, nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Referenzprojekt: Privatisierungen verhindern

In der ersten Wahlperiode der rot-roten Landesregierung wurden in Berlin landeseigene Wohnungen in großer Zahl „privatisiert“ und vor allem Finanzanlagegesellschaften überlassen. So wurde die landeseigene Gesellschaft GSW an die Cerberus-Gruppe verkauft. Das wurde inzwischen von der LINKEN als Fehler eingeschätzt. Es soll keine weiteren Wohnungsverkäufe dieser Art mehr geben. Allerdings sind zur „Eigenfinanzsicherung“ dennoch inzwischen weitere Wohnungsbestände verkauft worden, auch an Finanzanlagegesellschaften. Kaum beachtet wurde in der Öffentlichkeit, dass vom Verkauf der Gewerbesiedlungsgesellschaft GSG an die Investmentgruppe Orco auch mehr als 200 Mietwohnungen betroffen waren, deren Mieterinnen und Mieter wurden weder vom Senat noch von den Erwerbern über ihre Mieterschutzrechte informiert. Eine solche Information sei auch nicht vorgesehen, teilte der Senat auf eine parlamentarische Anfrage mit. Die von der SPD geführten Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, die für die Wohnungswirtschaft zuständig ist, stellt den landeseigenen Wohnungsgesellschaften eine widersprüchliche Aufgabe: einerseits bei Mieterhöhungen die Leistungsfähigkeit der Mieter, andererseits die Möglichkeiten des Wohnungsmarktes zu berücksichtigen. Die Gesellschaften sollen mit dem Ziel der Stärkung der Unternehmenswerte geführt werden, andererseits als Element der Daseinsvorsorge zur Stabilisierung des Mietenniveaus beitragen. Dazu passt es leider, dass die Berliner Mietspiegel seit rot-rot regiert nicht mehr von den Mieterverbänden unterzeichnet wurden, weil sie durch die Bewertung der erhobenen Daten einseitig die Vermieter bei Mieterhöhungen begünstigen.

Die Strukturentscheidungen für die landeseigenen Stadtreinigungsbetriebe (BSR) und die landeseigenen Krankenhäuser (Vivantes) wurden bereits in der ersten rot-roten Wahlperiode getroffen. Bei der BSR wurde der Recycling-Bereich ausgegliedert, im Vivantes-Konzern die Krankenhäuser zusammengefasst, die Tariflöhne abgesenkt und Betriebsbereiche ausgegliedert.

Alle Entscheidungen zu den landeseigenen Betrieben gingen zu Lasten der Beschäftigten und der Bevölkerung, die auf diese Dienstleistungen angewiesen sind.

Als der Aufsichtsrat der Berliner Flughafengesellschaft im Sommer dieses Jahres den Verkauf seiner Tochter GlobeGround Berlin mit ca. 1.400 Beschäftigten in die Wege geleitet hat, die auf den drei Berliner Flughäfen für Fluggast- und Gepäckkontrollen sowie die Vorfeldabfertigung der Maschinen zuständig ist, gab es diesbezüglich keinen Entscheid im Senat. Harald Wolf als Wirtschaftssenator der LINKEN selbst war nicht an der Aufsichtsratssitzung beteiligt. Ziel des Verkaufs war die Durchsetzung von Lohnsenkungen. Das ist das Elend für DIE LINKE am Katzentisch der Regierungsbeteiligung.

Strategische Falle Regierungsbeteiligung

Neben einigen positiven Ergebnissen in Einzelfragen besteht die akute Gefahr, dass Regierungsbeteiligungen unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen im Bund und in den Ländern und den schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in eine strategische Falle

führen können. Eine Orientierung an der bisherigen Regierungsbeteiligung der Berliner LINKEN

kann sehr schnell dazu führen, dass sich DIE LINKE von den Gewerkschaften abwendet, von

Protesten gegen Neoliberalismus abkoppelt und der Schulterschluss mit den Akteuren der gesellschaftlichen Veränderung nach links verloren geht. Das würde die soziale und politische Basis für eine grundlegende Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums in Deutschland untergraben. DIE LINKE wird nicht als Teil der sozialen Bewegungen wahrgenommen, sondern als Partei der Rechtfertigung für Regierungshandeln. Trotz aller Beschwörungen: Es gibt wenig Gestaltungsspielraum für linke Projekte. Es werden nicht einmal die Handlungsmöglichkeiten genutzt, die keinerlei Haushaltsbelastung verursachen, aber dennoch den politischen Standort des rot-roten Senats deutlich machen können. Dies gilt etwa für die Europapolitik. Bei der Bewertung des Mandats für den neuen Lissabonner Vertrag hat der Berliner Senat sogar einer Bundesratsentschließung seine Zustimmung gegeben, in der u.a. bedauert wird, dass in diesem Vertrag der „Gottesbezug“ fehlt (!) und in der kritisiert wird, dass die Selbständigkeit der Europäischen Zentralbank durch den Lissabonner Vertrag eingeschränkt werden könne.

06.01.2008/Sozialistische Linke Berlin